

DER HAUPTSTADTBRIEF

107. Ausgabe | 2012 INFORMATIONEN- UND HINTERGRUND-DIENST AUS BERLIN

14. Jahr 5 Euro



RODOLFO/SOVIPO

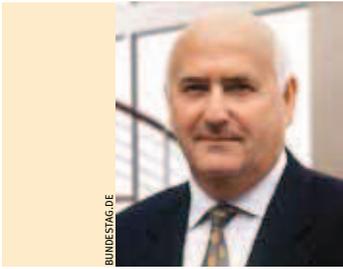
Perspektiven der Euro-Rettung

Bundesregierung und Opposition ringen um die Modalitäten der geforderten Zweidrittelmehrheit für die nächste Stufe der Euro-Rettung. Beim Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM geht es wieder um Hunderte von Milliarden.

**Die große ESM-Debatte – zwei kontroverse Positionen als Erwiderung und Replik: Staatssekretär Koschyk: Der ESM-Vertrag steht auf dem Boden der Verfassung, S. 5
Verfassungsrechtler Murswiek: ESM und das verfassungsrechtliche Minimum, S. 9**

Ausufern der Targetsalden – Untreue zum Nachteil des deutschen Volkes? S. 14

Auf dem Prüfstand: Steuerpolitische Reformvorschläge (S. 18), die „Piraten“ (S. 28)



Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld

ist Professor für Politikwissenschaft und Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Das „Piraten“-Phänomen – eine Verortung

Der Aufbruch in eine neue Epoche der Bundesrepublik Deutschland könnte sich vollziehen | Von Werner Weidenfeld

Ein höchst ungewöhnlicher Vorgang bannt die öffentliche Aufmerksamkeit und liefert fast täglich neue Schlagzeilen: Praktisch vom Nullpunkt aus begibt sich eine Partei auf einen demoskopischen Höhenflug – und die jeweils anstehenden Wahlen setzen dies in Stimmen und Mandate um. Der Höhenflug geschieht, obwohl die Details der Programmatik weitgehend unbekannt bleiben – ebenso wie die Personalprofile der Führungsgremien. Die traditionelle Partei-Analyse tut sich schwer mit diesem Vorgang. Es handelt sich eben nicht um die herkömmlichen Milieus, die kontinuierlichen Organisationsstrukturen und die bekannten Programm-Schemata.

Wie ist dies alles zu begreifen? Der erste Zugang liegt in der Erkenntnis, dass die „Piraten“ ein Phänomen sind, keine klassische Partei. Sie bieten ein digitales Kommunikationsklima an, weshalb sie sich auch leicht tun mit der Bemerkung: „Dazu haben wir keine Position“ oder „Es könnte so sein – oder auch anders“ oder „Das kann man so sagen oder auch andersherum“. Wie eine kommunikative Wolke schwebt das Phänomen „Piraten“ über der verkarsteten und verkrusteten politischen Landschaft.

Orientierung bieten allgemeine kommunikative Perspektiven wie „Teilhabe am digitalen Leben“,

„informationelle Selbstbestimmung“, „Abkehr vom Prinzip der Geheimhaltung“ und „Im Mittelpunkt der mündige Bürger“. Die „Piraten“ begründen selbst ihre Themenwahl wie folgt:

„Die Piratenpartei erweitert ihr Themenspektrum schrittweise unter breiter Einbeziehung aller Mitglieder. In Arbeitsgemeinschaften, die für alle Mitglieder und auch Nichtmitglieder offen sind, werden umfangreiche Diskussionen geführt und Standpunkte erarbeitet. Diese werden dann über

verschiedene Medien breit kommuniziert und den anderen Piraten vorgestellt. Kritik, Verbesserungen und Anregungen werden aufgenommen und berücksichtigt. An den Parteitagen werden dann diese programmatischen Anträge

von allen anwesenden Piraten diskutiert und abgestimmt. Es gibt keine Delegierten, jeder Pirat ist gleichberechtigt an der Auswahl und Ausgestaltung der Themen beteiligt.“

Das Spezifische bildet nicht ein präziser Katalog festgelegter Ziele und Strategien, vielmehr die digital gestützte prinzipielle kommunikative Offenheit. Der kommunikative Wind macht das Leben der „Piraten“ und ihre Attraktivität aus, nicht der Dialog programmatischer Fixpunkte. Im Licht dieser Kommunikationsbewegung

Wie eine kommunikative Wolke schwebt das Phänomen „Piraten“ über der verkarsteten politischen Landschaft.



können die weiteren inhaltlichen Positionsbestimmungen unbeschadet im Nebel bleiben.

Zustimmung und Anhänger findet dieses „Piraten“-Phänomen bei allen bisherigen Lagern des politischen Lebens. Der größte Zuspruch erfolgt aus dem seit Jahren deutlich wachsenden Feld der bisherigen Nicht-Wähler. Die Bindung an die Traditionsparteien (CDU, CSU, SPD, FDP, Grüne, Linke, FWG) hat dramatisch abgenommen. Der Pulsschlag der Wechselwähler hat zugenommen. Die Traditionsparteien haben die Strahlkraft politischer Attraktion weitgehend eingebüßt. Sie streiten um Themen wie „Betreuungsgeld“, „Praxisgebühr“, „PKW-Maut“, „allgemeiner Beitragssatz der Krankenversicherung 14,9 Prozent oder 15,5 Prozent“. Davon springt kein Funke über. Verwaltet wird dieser Themenkatalog von betonierten, nach innen gerichteten Organisationsstrukturen, deren Schlüsselfiguren über

reichhaltige Stammtischerfahrung und begabte Fingerfertigkeit im Dschungel der Macht verfügen.

Den aus diesem Klima geformten Nicht-Wählern wird nun ein völlig offenes, nicht zielfixiertes Kommunikationsfeld der „Piraten“ angeboten. Da macht man gern mit – nicht zuletzt um die Traditionsparteien abzustrafen. Deren nach innen gerichtete Kommunikation soll die Quitting erhalten – durch das „Piraten“-Phänomen, das Orientierung bieten will für jene, die sich als Helden der Informationsfreiheit empfinden. Ähnlich – wenn auch nicht ganz so scharf – reflektieren bisherige Anhänger der Traditionsparteien, die zum „Piraten“-Phänomen übergewechselt sind. Die meisten kommen von der Linken und von den Grünen, aber alle anderen Parteien verlieren – wenn auch nur in geringen Größenordnungen – an die „Piraten“. Die flüchtigen Kommunikationsschwärme, die eine digitale

Lebenswelt aufnehmen, bieten andere Wirklichkeitserfahrungen als die alte Parteienstruktur.

Sämtliche Berufsgruppen, auch der Mittelstand und die neuen Internet-Eliten fühlen sich angesprochen – ebenso wie alle Altersgruppen, nicht nur die Jung-Wähler. Die Traditionsparteien sind vom „Piraten“-Höhenflug alarmiert und begehen in ihrer Aufregung lehrbuchmäßige Fehler: Sie attackieren. Sie kündigen härtere Gangarten an. Sie sprechen den „Piraten“ jede Ernsthaftigkeit ab und nennen sie „anarchistisch“. Die Traditionsparteien verstehen das Phänomen nicht. Es paaren sich Ahnungslosigkeit und Unverständnis. Der Zeitgeist wird verkannt. Man ist verblüfft.

Mit diesen Attacken tun sie dem „Piraten“-Phänomen einen Gefallen: Sie treiben die „Piraten“ in der öffentlichen Wahrnehmung in höhere Dimensionen der Bedeutsamkeit. Die alten Parteien treten sich damit selbst vor das Schienbein, ohne es zu merken. So werden ungewollt die aufgeregten Reaktionen der Parteien zur Erfolgsgrundlage des „Piraten“-Phänomens. Schließlich fischen die „Piraten“ nirgendwo sonst als im Vertrauensverlust der Politik. Immerhin sagen 72 Prozent der „Piraten“-Wähler, sie hätten der Partei aus „Enttäuschung über die Politik“ ihre Stimme gegeben.

Strategische Partei-Analytiker und Parteimanager versuchen sofort, dieses neue Phänomen in die alte Parteienstruktur einzupflanzen. Ihr schnelles Resümee lautet: „Der Piraten-Hype sichert Merks Machterhalt“. Das Kalkül ist klar. Die „Piraten“ machen eine Mehrheit von Rot und Grün nach der nächsten Bundestagswahl praktisch unmöglich. Eine Mehrheit von Union und FDP wird es sowieso nicht geben. Also bleibt nur eine Mehrheitsbildung unter Führung von Angela Merkel übrig, höchstwahrscheinlich eine Große Koalition. Der leise Beifall in den Hinterzimmern der Macht von Angela Merkel ist evident.

Die Bundeskanzlerin müsste trotz all ihrer geradezu unüberbietbaren, ja akrobatischen Fingerfertigkeit in Sachen Machterwerb und Machterhalt gegenwärtig eigentlich höchst beunruhigt sein. Ihr Koalitionspartner bricht ihr weg – und damit die christdemokratisch-liberale Mehrheit. Die demoskopischen Daten enthielten für sie über lange Zeit das Drohpotenzial einer Mehrheit von Rot-Grün. Dank des „Piraten“-Phänomens aber gehört dies der Vergangenheit an. Sie kann also in aller Ruhe zugreifen, um die koalitionspolitischen Fundamente ihrer Macht zu sichern.

Diese klassische Parteienanalyse stimmte mit dem Datenmaterial der letzten Jahrzehnte überein. Die Logik des alten Parteienstaates entsprach diesem Machtmosaik komplett. Das „Piraten“-Phänomen gehört aber nicht mehr zum

Das „Piraten“-Phänomen ist ein Aufbruchssignal in eine neue Ära politischer Kultur.

alten Parteienstaat. Es ist ein Aufbruchssignal in eine neue Ära politischer Kultur. Wenn sich die anderen Parteien diesen neuen Kategorien öffnen, dann können sie auch eine neue Koalitionsarchitektur kreieren, die

die alte, traditionelle Parteien-Analyse und das bisherige Parteien-Kalkül aushebelt. Der Aufbruch in eine neue Epoche der Bundesrepublik Deutschland könnte sich vollziehen.

Diese große historische Dimension, die hinter dem „Piraten“-Phänomen steckt, ist aber in ihrer Entfaltung davon abhängig, welchen Kurs die „Piraten“ selbst einschlagen. Sie stehen unter dem öffentlichen Druck, ihr Programm zu klären und zu differenzieren, ihr Führungspersonal zu profilieren. Wenn die „Piraten“ diesem Druck nachgeben, dann werden sie wie eine der Traditionsparteien. Sie werden damit dem Verschleiß im politischen Alltagsgeschäft nicht entgehen. Damit aber wird der starke Rückenwind für das kommunikative Phänomen namens „Piraten“ schwinden. Das neue Kapitel der deutschen Parteiengeschichte würde dann schnell wieder zugeschlagen. Man würde dann auf das nächste Phänomen warten. ◆

Die aktuellen Parteipräferenzen im Bund

„Piraten“ jetzt drittstärkste Partei

CDU/CSU

FDP

SPD

Die Linke

Grüne

Piraten

Sonstige

Umfrage-Werte
in Woche ...

Alle Angaben in Prozent

2012	15. (10.4.-13.4.)	35	5	25	7	12	13	3
	14. (2.4.-4.4.)	36	5	24	8	11	13	3
	13. (26.3.-30.3.)	35	3	25	9	13	12	3
	12. (19.3.-23.3.)	36	4	26	9	14	7	4
	11. (12.3.-16.3.)	36	3	26	9	15	6	5
	10. (5.3.-9.3.)	36	3	26	9	15	7	4
	9. (27.2.-2.3.)	37	3	26	8	15	7	4
	8. (20.2.-24.2.)	38	3	26	8	14	7	4
	7. (13.2.-17.2.)	38	2	25	8	15	8	4
	6. (6.2.-10.2.)	38	2	26	9	13	7	5
	5. (30.1.-3.2.)	38	3	27	8	13	7	4
	4. (23.1.-27.1.)	36	3	27	8	15	7	4
	3. (16.1.-20.1.)	36	3	27	7	15	7	5
	2. (9.1.-13.1.)	35	3	27	7	15	8	5
1. (2.1.-6.1.)	36	2	26	7	16	8	5	
2011	52. (27.12.-30.12.)	35	3	27	8	14	8	5
	51. (19.12.-23.12.)	35	3	28	8	14	7	5
	50. (12.12.-16.12.)	35	2	28	7	14	9	5
	49. (5.12.-9.12.)	35	3	28	8	14	7	5
	48. (28.11.-2.12.)	35	3	26	9	16	6	5
	47. (21.11.-25.11.)	35	3	25	9	16	7	5
	46. (14.11.-18.11.)	36	3	26	8	14	8	5
	45. (7.11.-11.11.)	34	2	26	9	15	9	5
	44. (31.10.-4.11.)	33	3	28	8	15	8	5
	43. (24.10.-28.10.)	32	3	28	8	16	9	4
42. (17.10.-21.10.)	31	3	27	8	16	10	5	

Bundestagswahl* 33,8 14,6 23,0 11,9 10,7 – 6,0

* Amtliches Endergebnis der Bundestagswahl vom 27. September 2009 (Zweitstimmen)

Das forsa-Institut ermittelte diese Werte durch wöchentliche Befragung von in der Regel rund 2500 wahlwilligen Deutschen.

Quelle: forsa